

ANTRAG

der Fraktionen der CDU, SPD, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV

Berufung einer oder eines Antisemitismusbeauftragten

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine oder einen Beauftragten für jüdisches Leben in Mecklenburg-Vorpommern und gegen Antisemitismus zu berufen.

Vincent Kokert und Fraktion

Thomas Krüger und Fraktion

Simone Oldenburg und Fraktion

Bernhard Wildt und Fraktion

Begründung:

Ziel der Berufung einer oder eines Antisemitismusbeauftragten ist es, eine zentrale beratende Stelle einzusetzen, welche die Bekämpfung antisemitischer Handlungen und Äußerungen jeglicher Form und die Eindämmung antisemitischer Vorfälle und Straftaten zur Aufgabe hat.

Hierzu wird eine Beauftragte oder ein Beauftragter für jüdisches Leben in Mecklenburg-Vorpommern und gegen Antisemitismus berufen. Die oder der Beauftragte nimmt sich unter Wahrung der Vertraulichkeit und der Achtung personenbezogener Daten der Anliegen der sich an sie oder ihn wendenden Menschen an.

Der Bund und neun weitere Bundesländer haben bereits eine entsprechende Stelle eingerichtet. In anderen Bundesländern wird die Errichtung geprüft.